

L1**Kreisvorstand****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****You'll never walk alone – Ein sozialdemokratischer Weg aus der Armut**

1 Die Coronakrise, die steigenden Energieprei-
 2 se und die Inflation stellen derzeit viele Men-
 3 schen vor neue finanzielle Herausforderun-
 4 gen. Viele Haushalte können die steigenden
 5 Preise nicht einfach so auffangen. Die Ein-
 6 sparungsmöglichkeiten sind bei vielen nicht
 7 mehr vorhanden. Daher ist es die Aufgabe der
 8 SPD, diesen Menschen zu helfen. Die Sozial-
 9 demokratie hat seit ihrem Bestehen gegen
 10 Armut und für Chancengerechtigkeit in der
 11 Gesellschaft gekämpft. Gerade in diesen Ta-
 12 gen ist es wichtig zu zeigen, dass wir an der
 13 Seite der Menschen stehen, die derzeit unse-
 14 re Unterstützung brauchen.

15 Armut ist dabei ein strukturelles Phänomen.
 16 In einer reichen Gesellschaft wie Deutsch-
 17 land fühlt sich Armut anders an als in är-
 18 meren Ländern. Armut und Reichtum hän-
 19 gen dabei zusammen. Die Bedingung für den
 20 großen Reichtum von Wenigen ist die Armut
 21 von vielen Menschen. Bei uns ist das Haupt-
 22 merkmal von Armut vor allem der Ausschluss
 23 aus der Gesellschaft. Viele soziale Aktivitäten
 24 sind kaum mehr möglich. Dies trifft insbeson-
 25 dere Menschen, die bereits aufgrund von Ge-
 26 schlecht, Migrationsgeschichte, Behinderung
 27 u.a. marginalisiert sind. Dabei nimmt die Ar-
 28 mut immer stärker zu. Immer größere Teil-
 29 le der Bevölkerung stehen im Risiko, in Ar-
 30 mut zu landen. Die gesellschaftliche Spaltung
 31 greift auch zunehmend die Fundamente un-
 32 serer Demokratie an. Ob jemand wählen geht
 33 oder politisch aktiv ist, hängt sehr stark von
 34 sozioökonomischen Faktoren ab. Wenn wir
 35 die Armut nicht bekämpfen, dann droht auch
 36 unsere Demokratie zunehmend zu verfallen.
 37 Daher sehen wir es als SPD Berlin-Mitte als
 38 unsere zentrale Aufgabe, Armut zu bekämp-
 39 fen. Doch die Gründe für Armut sind oft sehr

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Coronakrise, die steigenden Energieprei-
 se und die Inflation stellen derzeit viele Men-
 schen vor neue finanzielle Herausforderun-
 gen. Viele Haushalte können die steigenden
 Preise nicht einfach so auffangen. Die Ein-
 sparungsmöglichkeiten sind bei vielen nicht
 mehr vorhanden. Daher ist es die Aufgabe der
 SPD, diesen Menschen zu helfen. Die Sozial-
 demokratie hat seit ihrem Bestehen gegen
 Armut und für Chancengerechtigkeit in der
 Gesellschaft gekämpft. Gerade in diesen Ta-
 gen ist es wichtig zu zeigen, dass wir an der
 Seite der Menschen stehen, die derzeit unse-
 re Unterstützung brauchen.

Armut ist dabei ein strukturelles Phänomen.
 In einer reichen Gesellschaft wie Deutsch-
 land fühlt sich Armut anders an als in är-
 meren Ländern. Armut und Reichtum hän-
 gen dabei zusammen. Die Bedingung für den
 großen Reichtum von Wenigen ist die Armut
 von vielen Menschen. Bei uns ist das Haupt-
 merkmal von Armut vor allem der Ausschluss
 aus der Gesellschaft. Viele soziale Aktivitäten
 sind kaum mehr möglich. Dies trifft insbeson-
 dere Menschen, die bereits aufgrund von Ge-
 schlecht, Migrationsgeschichte, Behinderung
 u.a. marginalisiert sind. Dabei nimmt die Ar-
 mut immer stärker zu. Immer größere Teil-
 le der Bevölkerung stehen im Risiko, in Ar-
 mut zu landen. Die gesellschaftliche Spaltung
 greift auch zunehmend die Fundamente un-
 serer Demokratie an. Ob jemand wählen geht
 oder politisch aktiv ist, hängt sehr stark von
 sozioökonomischen Faktoren ab. Wenn wir
 die Armut nicht bekämpfen, dann droht auch
 unsere Demokratie zunehmend zu verfallen.
 Daher sehen wir es als **SPD** als unsere zen-
 trale Aufgabe, Armut zu bekämpfen. Doch
 die Gründe für Armut sind oft sehr vielfäl-

40 vielfältig. Unserem Bildungswesen fehlt trotz
41 vieler Reformen die Durchlässigkeit. Armut
42 ist in starker Weise vererbbar. Wir können der-
43 zeit beobachten, wie viele Menschen in die Al-
44 tersarmut fallen. Doch auch junge Menschen
45 sind zunehmend dem Risiko ausgesetzt, arm
46 zu werden. Wer alleinerziehend ist, vermehrt
47 Sorgearbeit leistet und/oder eine gebrochene
48 Erwerbsbiografie besitzt, hat ein erhöhtes Ar-
49 mutrisiko. Diese exemplarischen Aufzählun-
50 gen zeigen, wie verschieden und unterschied-
51 lich die Gründe für Armut sind. Sie zeigen,
52 wie schnell man unverschuldet in Armut fal-
53 len kann. Daher schlagen wir als SPD-Mitte
54 ein breit gefächertes Maßnahmenpaket zur
55 Bekämpfung der Armut vor.

56 **Bürger:innengeld**

57 Wir als SPD-Mitte begrüßen die geplante Ein-
58 führung des Bürger:innengeldes. Aber die-
59 ses muss armutsfest sein. Daher setzen wir
60 uns für eine deutliche Anhebung der Regel-
61 sätze ein. Die aktuelle Berechnung der Re-
62 gelsätze orientiert sich für Einpersonenhaus-
63 halte an den untersten 15 Prozent der Ein-
64 kommen, wobei diese Berechnung auch Men-
65 schen mit verdeckter Armut einschließt – also
66 Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen
67 hätten, diese aber nicht beantragen.

68 Zudem werden bei dem angewendeten Sta-
69 tistikmodell Ausgaben politisch heraus ge-
70 kürzt. So werden zum Beispiel Ausgaben für
71 Schnittblumen, Weihnachtsbaum oder Alko-
72 hol gestrichen. Daher fallen die Regelsätze
73 aktuell sehr niedrig aus und sind laut Ur-
74 teil des Bundesverfassungsgerichtes “gerade
75 so” existenzsichernd. An soziale Teilhabe und
76 ein Leben in Würde ist mit dem niedrigen
77 Regelsatz kaum zu denken. Dazu sollte der
78 Regelsatz die realen Wohnkosten abbilden
79 und Kosten für weitere Artikel des Grund-
80 bedarfs umfassen. Daher sollte sich die Re-
81 gelsatzberechnung in Zukunft an den unter-
82 sten 30 Prozent der Einkommen orientieren –
83 viele Schieflagen bei der Berechnung wären
84 damit gelöst und die Sozialleistungen wür-
85 den stärker an die allgemeinen Lohnsteige-

40 tig. Unserem Bildungswesen fehlt trotz vie-
41 ler Reformen die Durchlässigkeit. Armut ist
42 in starker Weise vererbbar. Wir können der-
43 zeit beobachten, wie viele Menschen in die Al-
44 tersarmut fallen. Doch auch junge Menschen
45 sind zunehmend dem Risiko ausgesetzt, arm
46 zu werden. Wer alleinerziehend ist, vermehrt
47 Sorgearbeit leistet und/oder eine gebrochene
48 Erwerbsbiografie besitzt, hat ein erhöhtes Ar-
49 mutrisiko. Diese exemplarischen Aufzählun-
50 gen zeigen, wie verschieden und unterschied-
51 lich die Gründe für Armut sind. Sie zeigen,
52 wie schnell man unverschuldet in Armut fal-
53 len kann. Daher schlagen wir als **SPD** ein breit
54 gefächertes Maßnahmenpaket zur Bekämp-
55 fung der Armut vor.

56 **Bürger:innengeld**

57 Wir als **SPD** begrüßen die geplante Einfüh-
58 rung des Bürger:innengeldes. Aber dieses
59 muss armutsfest sein. Daher setzen wir uns
60 für eine deutliche Anhebung der Regelsätze
61 ein. Die aktuelle Berechnung der Regelsätze
62 orientiert sich für Einpersonenhaushalte
63 an den untersten 15 Prozent der Einkommen,
64 wobei diese Berechnung auch Menschen mit
65 verdeckter Armut einschließt – also Men-
66 schen, die Anspruch auf Sozialleistungen hät-
67 ten, diese aber nicht beantragen.

68 Zudem werden bei dem angewendeten Sta-
69 tistikmodell Ausgaben politisch heraus ge-
70 kürzt. So werden zum Beispiel Ausgaben für
71 Schnittblumen, Weihnachtsbaum oder Alko-
72 hol gestrichen. Daher fallen die Regelsätze
73 aktuell sehr niedrig aus und sind laut Ur-
74 teil des Bundesverfassungsgerichtes “gerade
75 so” existenzsichernd. An soziale Teilhabe und
76 ein Leben in Würde ist mit dem niedrigen
77 Regelsatz kaum zu denken. Dazu sollte der
78 Regelsatz die realen Wohnkosten abbilden
79 und Kosten für weitere Artikel des Grund-
80 bedarfs umfassen. Daher sollte sich die Re-
81 gelsatzberechnung in Zukunft an den unter-
82 sten 30 Prozent der Einkommen orientieren –
83 viele Schieflagen bei der Berechnung wären
84 damit gelöst und die Sozialleistungen wür-
85 den stärker an die allgemeinen Lohnsteige-

86 rungen angepasst. Zudem muss mit der Ein-
 87 führung der Kindergrundsicherung die Be-
 88 rechnung der Regelsätze für Kinder und Ju-
 89 gendliche noch einmal neu aufgesetzt wer-
 90 den. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die
 91 Leistungen für junge Menschen deutlich ge-
 92 ringer ausfallen als für Erwachsene, schließ-
 93 lich sind Ausgaben für Bildung und Freizeit-
 94 gestaltung nicht zu unterschätzen. Beide Leis-
 95 tungen, Bürger:innengeld und Kindergrund-
 96 sicherung, müssen unbedingt umgesetzt und
 97 großzügig ausgestaltet werden!

98 Bei zukünftigen Entlastungspaketen müssen
 99 auch Rentner:innen und Studierende mit ein-
 100 bezogen und entlastet werden! Der Mindest-
 101 lohn hat sich als gutes Instrument gegen Ar-
 102 mut erwiesen. Dieser soll zukünftig ausge-
 103 weitet und perspektivisch weiter erhöht wer-
 104 den.

105 **Chancengerechte Bildung**

106 Der Armut, die zwischen den Generatio-
 107 nen tradiert wird, muss frühzeitig im Sinne
 108 der Chancengerechtigkeit entgegengewirkt
 109 werden. Auch das deutsche Bildungssystem
 110 schafft es bislang oft nicht, Chancengerech-
 111 tigkeit zu gewährleisten, sondern reprodu-
 112 ziert soziale Ungleichheit. Häufig schlagen
 113 Kinder aus armen Familien denselben Weg
 114 ein wie ihre Eltern. Armutsbetroffene Famili-
 115 en oder Alleinerziehende haben häufig weder
 116 die Zeit noch die finanziellen Mittel, um ih-
 117 re Kinder in der Schule adäquat unterstützen
 118 zu können. Berlin verzeichnet seit Jahren eine
 119 hohe Zahl an jungen Menschen, die die Schu-
 120 le ohne Abschluss beenden. Ohne Abschluss
 121 und (Job-)Perspektive werden Arbeitslosig-
 122 keit sowie letztlich Armut in zu vielen Fami-
 123 lien Berlins "weitergegeben". Doch ein gelun-
 124 gener Bildungsweg ist der beste Ausweg aus
 125 der Armutsspirale. Daher ist es wichtig, dass
 126 sich die Bildungspolitik noch stärker auf je-
 127 ne Familien und Kinder konzentriert, die am
 128 meisten Unterstützung brauchen. Von den Ki-
 129 tas über die Schulen bis hin zur Hochschul-
 130 bildung braucht es gezielte politische Maß-
 131 nahmen, die Kindern aus armen Familien mit

rungen angepasst. Zudem muss mit der Ein-
 führung der Kindergrundsicherung die Be-
 rechnung der Regelsätze für Kinder und Ju-
 gendliche noch einmal neu aufgesetzt wer-
 den. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die
 Leistungen für junge Menschen deutlich ge-
 ringer ausfallen als für Erwachsene, schließ-
 lich sind Ausgaben für Bildung und Freizeit-
 gestaltung nicht zu unterschätzen. Beide Leis-
 tungen, Bürger:innengeld und Kindergrund-
 sicherung, müssen unbedingt umgesetzt und
 großzügig ausgestaltet werden!

Bei zukünftigen Entlastungspaketen müssen
 auch Rentner:innen und Studierende mit ein-
 bezogen und entlastet werden! Der Mindest-
 lohn hat sich als gutes Instrument gegen Ar-
 mut erwiesen. Dieser soll zukünftig ausge-
 weitet und perspektivisch weiter erhöht wer-
 den.

Chancengerechte Bildung

Der Armut, die zwischen den Generatio-
 nen tradiert wird, muss frühzeitig im Sinne
 der Chancengerechtigkeit entgegengewirkt
 werden. Auch das deutsche Bildungssystem
 schafft es bislang oft nicht, Chancengerech-
 tigkeit zu gewährleisten, sondern reprodu-
 ziert soziale Ungleichheit. Häufig schlagen
 Kinder aus armen Familien denselben Weg
 ein wie ihre Eltern. Armutsbetroffene Famili-
 en oder Alleinerziehende haben häufig weder
 die Zeit noch die finanziellen Mittel, um ih-
 re Kinder in der Schule adäquat unterstützen
 zu können. Berlin verzeichnet seit Jahren eine
 hohe Zahl an jungen Menschen, die die Schu-
 le ohne Abschluss beenden. Ohne Abschluss
 und (Job-)Perspektive werden Arbeitslosig-
 keit sowie letztlich Armut in zu vielen Fami-
 lien Berlins "weitergegeben". Doch ein gelun-
 gener Bildungsweg ist der beste Ausweg aus
 der Armutsspirale. Daher ist es wichtig, dass
 sich die Bildungspolitik noch stärker auf je-
 ne Familien und Kinder konzentriert, die am
 meisten Unterstützung brauchen. Von den Ki-
 tas über die Schulen bis hin zur Hochschul-
 bildung braucht es gezielte politische Maß-
 nahmen, die Kindern aus armen Familien mit

132 möglichst vielfältigen Angeboten auf ihrem
133 Weg unterstützen.

134 Die Berliner Regierung unter sozialdemo-
135 kratischer Führung hat in den vergangenen
136 Jahren viele effektive finanzielle Unterstüt-
137 zungshilfen auf den Weg gebracht, allem vor-
138 an die gebührenfreie Kita und Schule. Das
139 kostenlose Schüler:innenticket für den ÖPNV,
140 die Lernmittelfreiheit sowie die kostenlose
141 Hortbetreuung und Versorgung mit Mittag-
142 essen in den ersten Klassen haben wesent-
143 lich dazu beigetragen, dass Berliner Famili-
144 en mehr Geld im Portemonnaie haben. Die-
145 ser Weg wird in der aktuellen Legislatur-
146 periode fortgesetzt: die Hortgebührenfrei-
147 heit wird auf alle Grundschulklassen ausge-
148 weitert, Lernmittelfreiheit und kostenbetei-
149 ligungsfreies Mittagessen werden auch für
150 die Sekundarstufen verfügbar, das kostenlose
151 Schüler:innenticket für den ÖPNV wird auch
152 für Schüler:innen des zweiten Bildungsweges
153 gelten.

154 Daneben gilt es, Entlastungsangebote zu
155 schaffen, um auf besondere Bedarfslagen in-
156 dividueller Familien reagieren zu können. Im
157 Schulbereich stellen insbesondere die Mate-
158 rialausstattung (Blöcke, Federtaschen, Hefter
159 etc.) zu Beginn des Schuljahres, Klassenfahr-
160 ten und Exkursionen sowie Nachhilfe nicht
161 unerhebliche Kostenpunkte von Familien dar.
162 Ziel der SPD ist es, soziale Härten auch außer-
163 halb eines BuT-Anspruchs (Leistungen für Bil-
164 dung und Teilhabe) abzufedern. Daher setzt
165 die Berliner SPD kurzfristig folgende Maßnah-
166 men um:

- 167 • die Bereitstellung und Finanzierung
- 168 von Beschaffungsgutscheinen, die zur
- 169 bedarfsgerechten Unterstützung im
- 170 Einzelfall von den Klassenleitungen
- 171 ausgegeben werden können,
- 172 • die Einrichtung eines Unterstützungs-
- 173 fonds zur Finanzierung von Klassen-
- 174 fahrten und Exkursionen für Kinder be-
- 175 dürftiger Familien oberhalb eines BuT-
- 176 Anspruchs und
- 177 • die Fortführung der kostenlosen Lern-

möglichst vielfältigen Angeboten auf ihrem
Weg unterstützen.

Die Berliner Regierung unter sozialdemo-
kratischer Führung hat in den vergangenen
Jahren viele effektive finanzielle Unterstüt-
zungshilfen auf den Weg gebracht, allem vor-
an die gebührenfreie Kita und Schule. Das
kostenlose Schüler:innenticket für den ÖPNV,
die Lernmittelfreiheit sowie die kostenlose
Hortbetreuung und Versorgung mit Mittag-
essen in den ersten Klassen haben wesent-
lich dazu beigetragen, dass Berliner Famili-
en mehr Geld im Portemonnaie haben. Die-
ser Weg wird in der aktuellen Legislatur-
periode fortgesetzt: die Hortgebührenfrei-
heit wird auf alle Grundschulklassen ausge-
weitert, Lernmittelfreiheit und kostenbetei-
ligungsfreies Mittagessen werden auch für
die Sekundarstufen verfügbar, das kostenlose
Schüler:innenticket für den ÖPNV wird auch
für Schüler:innen des zweiten Bildungsweges
gelten.

Daneben gilt es, Entlastungsangebote zu
schaffen, um auf besondere Bedarfslagen in-
dividueller Familien reagieren zu können. Im
Schulbereich stellen insbesondere die Mate-
rialausstattung (Blöcke, Federtaschen, Hefter
etc.) zu Beginn des Schuljahres, Klassenfahr-
ten und Exkursionen sowie Nachhilfe nicht
unerhebliche Kostenpunkte von Familien dar.
Ziel der SPD ist es, soziale Härten auch außer-
halb eines BuT-Anspruchs (Leistungen für Bil-
dung und Teilhabe) abzufedern. Daher setzt
die Berliner SPD kurzfristig folgende Maßnah-
men um:

- die Bereitstellung und Finanzierung
- von Beschaffungsgutscheinen, die zur
- bedarfsgerechten Unterstützung im
- Einzelfall von den Klassenleitungen
- ausgegeben werden können,
- die Einrichtung eines Unterstützungs-
- fonds zur Finanzierung von Klassen-
- fahrten und Exkursionen für Kinder be-
- dürftiger Familien oberhalb eines BuT-
- Anspruchs und
- die Fortführung der kostenlosen Lern-

178 angebote in den Ferien und der kosten-
179 losen Nachhilfe für alle Schüler:innen
180 Berlins.

181 Für uns gilt: Entlastungspakete dürfen nicht
182 gegen Investitionen im Bildungsbereich aus-
183 gespielt werden. Daher stehen wir weiter-
184 hin zu unseren zentralen Investitionsvorha-
185 ben, allen voran der Schulbauoffensive. We-
186 der die Sanierungen der Bezirke noch die Neu-
187 bauvorhaben des Landes dürfen Kürzungen
188 zum Opfer fallen. Die entstehenden Mehrbe-
189 darfe der Entlastungspakete müssen daher
190 zwingend aus anderen Finanzierungsquellen
191 finanziert werden – und nicht durch Quersub-
192 vention aus dem Haushalt selbst.

193 Die Berliner Bildungslandschaft bedarf je-
194 doch auch struktureller Maßnahmen, um
195 eine annähernde Chancengerechtigkeit ge-
196 währleisten zu können und armutsbetroffe-
197 nen Kindern den sozialen Aufstieg zu ermög-
198 lichen.

- 199 • gleiche Schule für alle: Wir fordern
200 den flächendeckenden Ausbau und ei-
201 ne bessere Finanzierung der Gemein-
202 schaftsschulen. Gemeinschaftsschulen,
203 in denen Schüler:innen jeglicher Her-
204 kunft und jeglichen Bildungsgrades ge-
205 meinsam bis zum Abschluss unterricht-
206 tet werden, fördern nicht nur die soziale
207 Kompetenz der Kinder.
- 208 • multiprofessionelle Teams: Damit
209 auch der Förderbedarf benachteilig-
210 ter Schüler:innen gedeckt werden
211 kann, benötigen die Berliner Schulen
212 mehr Lehrpersonal, aber auch mehr
213 Förderpädagog:innen, Schulpsycho-
214 log:innen und Erzieher:innen. Diese
215 multiprofessionellen Teams können
216 sich Schüler:innen mit Sprach- und
217 Lernrückständen vollumfänglichen
218 widmen, bei den Hausaufgaben helfen
219 und hinsichtlich weiterer außerschuli-
220 scher Hilfsangebote behilflich sein.
- 221 • Schulpsychologie und Beratung stär-
222 ken: Leistungsdruck, fehlende Orien-
223 tierung im Leben, Ungewissheit oder

angebote in den Ferien und der kosten-
losen Nachhilfe für alle Schüler:innen
Berlins.

Für uns gilt: Entlastungspakete dürfen nicht
gegen Investitionen im Bildungsbereich aus-
gespielt werden. Daher stehen wir weiter-
hin zu unseren zentralen Investitionsvorha-
ben, allen voran der Schulbauoffensive. We-
der die Sanierungen der Bezirke noch die Neu-
bauvorhaben des Landes dürfen Kürzungen
zum Opfer fallen. Die entstehenden Mehrbe-
darfe der Entlastungspakete müssen daher
zwingend aus anderen Finanzierungsquellen
finanziert werden – und nicht durch Quersub-
vention aus dem Haushalt selbst.

Die Berliner Bildungslandschaft bedarf je-
doch auch struktureller Maßnahmen, um
eine annähernde Chancengerechtigkeit ge-
währleisten zu können und armutsbetroffe-
nen Kindern den sozialen Aufstieg zu ermög-
lichen.

- gleiche Schule für alle: Wir fordern
den flächendeckenden Ausbau und ei-
ne bessere Finanzierung der Gemein-
schaftsschulen. Gemeinschaftsschulen,
in denen Schüler:innen jeglicher Her-
kunft und jeglichen Bildungsgrades ge-
meinsam bis zum Abschluss unterricht-
tet werden, fördern nicht nur die soziale
Kompetenz der Kinder.
- multiprofessionelle Teams: Damit
auch der Förderbedarf benachteilig-
ter Schüler:innen gedeckt werden
kann, benötigen die Berliner Schulen
mehr Lehrpersonal, aber auch mehr
Förderpädagog:innen, Schulpsycho-
log:innen und Erzieher:innen. Diese
multiprofessionellen Teams können
sich Schüler:innen mit Sprach- und
Lernrückständen vollumfänglichen
widmen, bei den Hausaufgaben helfen
und hinsichtlich weiterer außerschuli-
scher Hilfsangebote behilflich sein.
- Schulpsychologie und Beratung stär-
ken: Leistungsdruck, fehlende Orien-
tierung im Leben, Ungewissheit oder

224 Erfahrungen von häuslicher Gewalt
 225 führen bei vielen jungen Menschen zu
 226 Erkrankungen, mit denen das pädago-
 227 gische Personal im (Schulalltag kon-
 228 frontiert ist. Zwar sind der Abbau von
 229 Lernrückständen und die Stärkung der
 230 psychosozialen Arbeit richtige Schritte,
 231 allerdings braucht es mehr sowie nied-
 232 rigschwellige Unterstützungsangebote
 233 an den Bildungseinrichtungen als
 234 Erstkontakt. Weiterhin müssen Schulen
 235 und Bezirke (insb. die Schulpsycholo-
 236 gischen und Inklusionspädagogischen
 237 Beratungs- und Unterstützungszent-
 238 ren) personell gestärkt werden, um die
 239 schulpsychologische Arbeit langfristig
 240 sicherzustellen. Außerdem braucht
 241 es flächendeckende Ressourcen, um
 242 schulabstinente Schüler:innen zu un-
 243 terstützen und gemeinsam mit den
 244 Kollegien sowie Familien die Themen
 245 Schulangst, Leistungsdruck und menta-
 246 le Gesundheit im Alltag zu besprechen
 247 und Lösungen zu erarbeiten.

- 248 • Beratung über die berufliche Bildung in
 249 allen Schulen einführen: die Möglich-
 250 keiten der beruflichen Bildung werden
 251 derzeit nicht in allen Schulen vermit-
 252 telt. Einige Schulen tun dies im Rah-
 253 men der Praktika in Jahrgang 9, ande-
 254 re als eigenständiges Unterrichtsfach,
 255 wieder andere überhaupt nicht. Dabei
 256 bietet die berufliche Bildung interes-
 257 sante Chancen, die vielen Schüler:innen
 258 nicht bekannt sind. Vor diesem Hinter-
 259 grund fordern wir, dass an allen Schulen
 260 über die Möglichkeiten der beruflichen
 261 Bildung informiert wird. So können Zu-
 262 kunftsperspektiven eröffnet und Schü-
 263 ler:innen motiviert werden.
- 264 • diskriminierungskritische Lehrerfortbil-
 265 dung: Leider sind auch Lehrpersonen
 266 nicht frei von Vorurteilen. Allzu oft wer-
 267 den Kinder aufgrund ihrer sozialen Her-
 268 kunft, ihres Geschlechts und/oder Mi-
 269 grationsgeschichte in Schubladen ge-

Erfahrungen von häuslicher Gewalt
 führen bei vielen jungen Menschen
 zu Erkrankungen, mit denen das päd-
 agogische Personal im Schulalltag kon-
 frontiert ist. Zwar sind der Abbau von
 Lernrückständen und die Stärkung der
 psychosozialen Arbeit richtige Schritte,
 allerdings braucht es mehr sowie nied-
 rigschwellige Unterstützungsangebote
 an den Bildungseinrichtungen als
 Erstkontakt. Weiterhin müssen Schulen
 und Bezirke (insb. die Schulpsycholo-
 gischen und Inklusionspädagogischen
 Beratungs- und Unterstützungszent-
 ren) personell gestärkt werden, um die
 schulpsychologische Arbeit langfristig
 sicherzustellen. Außerdem braucht
 es flächendeckende Ressourcen, um
 schulabstinente Schüler:innen zu un-
 terstützen und gemeinsam mit den
 Kollegien sowie Familien die Themen
 Schulangst, Leistungsdruck und menta-
 le Gesundheit im Alltag zu besprechen
 und Lösungen zu erarbeiten.

- Beratung über die berufliche Bildung in
 allen Schulen einführen: die Möglich-
 keiten der beruflichen Bildung werden
 derzeit nicht in allen Schulen vermit-
 telt. Einige Schulen tun dies im Rah-
 men der Praktika in Jahrgang 9, ande-
 re als eigenständiges Unterrichtsfach,
 wieder andere überhaupt nicht. Dabei
 bietet die berufliche Bildung interes-
 sante Chancen, die vielen Schüler:innen
 nicht bekannt sind. Vor diesem Hinter-
 grund fordern wir, dass an allen Schulen
 über die Möglichkeiten der beruflichen
 Bildung informiert wird. So können Zu-
 kunftsperspektiven eröffnet und Schü-
 ler:innen motiviert werden.
- diskriminierungskritische Lehrerfortbil-
 dung: Leider sind auch Lehrpersonen
 nicht frei von Vorurteilen. Allzu oft wer-
 den Kinder aufgrund ihrer sozialen Her-
 kunft, ihres Geschlechts und/oder Mi-
 grationsgeschichte in Schubladen ge-

270 packt und ihr eigentliches Potenzial
 271 nicht erkannt. Daher fordern wir, Lehr-
 272 kräfte in Fortbildungen zum Umgang
 273 mit diskriminierten Gruppen weiter zu
 274 sensibilisieren. Klassismus, also die Dis-
 275 kriminierung aufgrund von tatsächlicher
 276 oder vermuteter sozialer Stellung
 277 und Herkunft, wollen wir aktiv bekämp-
 278 fen. Dabei wollen wir auf klassistische
 279 Diskriminierung in der Bildung ein be-
 280 sonderes Augenmerk legen. Aufstieg
 281 durch Bildung ist ein zentrales Verspre-
 282 chen der SPD, was eingelöst werden
 283 muss. Eine gute Lehrkraft, die jedem
 284 Kind vorurteilsfrei und zugewandt be-
 285 gegnet, kann den gesamten Bildungs-
 286 und Lebensweg eines Schülers oder ei-
 287 ner Schülerin positiv beeinflussen.

- 288 • digitales Arbeiten für alle ermöglichen:
 289 immer noch gibt es Schüler:innen und
 290 Lehrkräfte, die nicht in Präsenz am
 291 Schulbetrieb teilnehmen können. Digi-
 292 tales und vor allem vernetztes Arbei-
 293 ten hat an Stellenwert zugenommen
 294 – auch über die Pandemie hinaus. Die
 295 Ausstattung der Lehrkräfte mit digita-
 296 len Endgeräten begrüßen wir sehr. Al-
 297 lerdings gibt es immer noch Schüler:in-
 298 nen, die nicht digital-ernetzt arbeiten
 299 können. Das Land Berlin muss schnellst-
 300 tens allen Schüler:innen ein Angebot
 301 zur Ausstattung mit digitalen, daten-
 302 schutzkonformen Endgeräten machen.
 303 Wichtig ist dabei, dass es ein barrierear-
 304 mes und sozialverträgliches Verfahren
 305 gibt, damit all jene Schüler:innen, die
 306 ein Gerät wollen, auch eines erhalten.
 307 Doch das allein reicht nicht aus. Damit
 308 diese Geräte auch vollumfänglich ein-
 309 gesetzt werden können, braucht es eine
 310 verlässliche Verbindung zum Internet.
 311 Deshalb fordern wir ein Recht auf Inter-
 312 net. Nur so lässt sich zeitgemäß lernen.
 313 Alle Schüler:innen müssen die techni-
 314 schen Möglichkeiten haben, online ar-
 315 beiten zu können – vor allem von zu

packt und ihr eigentliches Potenzial
 nicht erkannt. Daher fordern wir, Lehr-
 kräfte in Fortbildungen zum Umgang
 mit diskriminierten Gruppen weiter zu
 sensibilisieren. Klassismus, also die Dis-
 kriminierung aufgrund von tatsächlicher
 oder vermuteter sozialer Stellung
 und Herkunft, wollen wir aktiv bekämp-
 fen. Dabei wollen wir auf klassistische
 Diskriminierung in der Bildung ein be-
 sonderes Augenmerk legen. Aufstieg
 durch Bildung ist ein zentrales Verspre-
 chen der SPD, was eingelöst werden
 muss. Eine gute Lehrkraft, die jedem
 Kind vorurteilsfrei und zugewandt be-
 gegnet, kann den gesamten Bildungs-
 und Lebensweg eines Schülers oder ei-
 ner Schülerin positiv beeinflussen.

- digitales Arbeiten für alle ermöglichen:
 immer noch gibt es Schüler:innen und
 Lehrkräfte, die nicht in Präsenz am
 Schulbetrieb teilnehmen können. Digi-
 tales und vor allem vernetztes Arbei-
 ten hat an Stellenwert zugenommen
 – auch über die Pandemie hinaus. Die
 Ausstattung der Lehrkräfte mit digita-
 len Endgeräten begrüßen wir sehr. Al-
 lerdings gibt es immer noch Schüler:in-
 nen, die nicht digital-ernetzt arbeiten
 können. Das Land Berlin muss schnellst-
 tens allen Schüler:innen ein Angebot
 zur Ausstattung mit digitalen, daten-
 schutzkonformen Endgeräten machen.
 Wichtig ist dabei, dass es ein barrierear-
 mes und sozialverträgliches Verfahren
 gibt, damit all jene Schüler:innen, die
 ein Gerät wollen, auch eines erhalten.
 Doch das allein reicht nicht aus. Damit
 diese Geräte auch vollumfänglich ein-
 gesetzt werden können, braucht es eine
 verlässliche Verbindung zum Internet.
 Deshalb fordern wir ein Recht auf Inter-
 net. Nur so lässt sich zeitgemäß lernen.
 Alle Schüler:innen müssen die techni-
 schen Möglichkeiten haben, online ar-
 beiten zu können – vor allem von zu

316 Hause.

317 Sozialdemokratische Bildungspolitik muss
318 auch Chancengerechtigkeit beim Hoch-
319 schulzugang in den Blick nehmen, damit
320 Hochschulbildung nicht weiter der Re-
321 produktion von Eliten dient. Noch immer
322 studieren in erster Linie Kinder aus Aka-
323 demiker:innenhaushalten. Der Einstieg für
324 alle kann durch eine Orientierungsphase zu
325 Beginn des Studiums erleichtert werden.
326 Um die prekären Arbeitsverhältnisse im
327 Hochschul- und Wissenschaftssystem, die
328 es nur Begüterten ermöglicht, eine wissen-
329 schaftliche Laufbahn einzuschlagen und
330 langfristig durchzuhalten, zu beenden, muss
331 das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das
332 dauerhafte Befristungen jenseits der Pro-
333 fessur ermöglicht, grundlegend reformiert
334 werden.

335 **Wohnarmut verhindern und obdachlose**
336 **Menschen unterstützen**

337 Es bedarf auch wohnungspolitischer Maß-
338 nahmen und Instrumente, die Menschen bes-
339 ser schützen, die von Armut bedroht oder be-
340 troffen sind.

341 Wir fordern Instrumente, die den Zugang zu
342 Wohnraum erleichtern sowie die Subventio-
343 nierung bezahlbarer Mieten. Hierzu zählen
344 weitergehende Mietpreisregulierungen, eine
345 verbindliche Sozialquote sowie eine sozial-
346 wohlorientierte Stadtentwicklungspolitik.

347 Menschen müssen vor Armut und Verdrän-
348 gung geschützt werden. Hier kann der Be-
349 zirk tätig werden durch die Ausweisung von
350 weiteren Millieuschutzgebieten, der Verhin-
351 derung von Abriss wie aktuell im Fall der Ha-
352 bersaathstraße, der Unterstützung von Mie-
353 ter:innen im Falle von Umwandlungen von
354 Wohnraum, sowie durch die Stärkung genos-
355 senschaftlichen Wohnens. Es ist zu befürch-
356 ten, dass viele Menschen die steigenden Gas-
357 , Strom- und Nebenkosten nicht mehr be-
358 zahlen können. Daher sollen zeitweise Kün-
359 digungen von Gas-, Strom- und Mietverträ-
360 gen aufgrund ausstehender Zahlungen aus-
361 gesetzt werden.

Hause.

Sozialdemokratische Bildungspolitik muss
auch Chancengerechtigkeit beim Hoch-
schulzugang in den Blick nehmen, damit
Hochschulbildung nicht weiter der Re-
produktion von Eliten dient. Noch immer
studieren in erster Linie Kinder aus Aka-
demiker:innenhaushalten. Der Einstieg für
alle kann durch eine Orientierungsphase zu
Beginn des Studiums erleichtert werden.
Um die prekären Arbeitsverhältnisse im
Hochschul- und Wissenschaftssystem, die
es nur Begüterten ermöglicht, eine wissen-
schaftliche Laufbahn einzuschlagen und
langfristig durchzuhalten, zu beenden, muss
das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das
dauerhafte Befristungen jenseits der Pro-
fessur ermöglicht, grundlegend reformiert
werden.

Wohnarmut verhindern und obdachlose
Menschen unterstützen

Es bedarf auch wohnungspolitischer Maß-
nahmen und Instrumente, die Menschen bes-
ser schützen, die von Armut bedroht oder be-
troffen sind.

Wir fordern Instrumente, die den Zugang zu
Wohnraum erleichtern sowie die Subventio-
nierung bezahlbarer Mieten. Hierzu zählen
weitergehende Mietpreisregulierungen, eine
verbindliche Sozialquote sowie eine sozial-
wohlorientierte Stadtentwicklungspolitik.

Menschen müssen vor Armut und Verdrän-
gung geschützt werden. Hier kann der Be-
zirk tätig werden durch die Ausweisung von
weiteren Millieuschutzgebieten, der Verhin-
derung von Abriss wie aktuell im Fall der Ha-
bersaathstraße, der Unterstützung von Mie-
ter:innen im Falle von Umwandlungen von
Wohnraum, sowie durch die Stärkung genos-
senschaftlichen Wohnens. Es ist zu befürch-
ten, dass viele Menschen die steigenden Gas-
, Strom- und Nebenkosten nicht mehr be-
zahlen können. Daher sollen zeitweise Kün-
digungen von Gas-, Strom- und Mietverträ-
gen aufgrund ausstehender Zahlungen aus-
gesetzt werden.

362 Wohnungslose und obdachlose Menschen
 363 gehören den vulnerabelsten Gruppen in der
 364 Gesellschaft. Ihr Weg von der Straße und her-
 365 aus aus der Armut gehört zu den schwie-
 366 rigsten und fragilsten. Obdachlose Menschen
 367 brauchen deshalb größtmögliche Unterstüt-
 368 zung und Solidarität. Für BPoC, LGBTQIA+ und
 369 FLINTA braucht es mehr abgegrenzte und pro-
 370 fessionell begleitete Schutzräume. Housing
 371 First als Maßnahme zur Wiedereingliederung
 372 hat sich bewährt und muss institutionalisiert
 373 und ausgebaut werden. Darüber hinaus müs-
 374 sen Strukturen, die kurz- und mittelfristig die
 375 Situation obdachloser Menschen verbessern,
 376 gestärkt werden. Der Personalschlüssel soll in
 377 der Obdachlosenhilfe erhöht und die Beset-
 378 zung durch mehr Neueinstellungen von Psy-
 379 cholog:innen und Sozialarbeiter:innen brei-
 380 ter professionalisiert werden. Das Ehrenamt
 381 soll als Ergänzung fungieren und darf nicht
 382 den Großteil des Systems tragen.

383 Auf bezirklicher Ebene soll ein Runder Tisch
 384 "Obdachlose Menschen" für Betroffene sowie
 385 ehrenamtliche und hauptamtliche Organisa-
 386 tionen eingerichtet werden.

387 **Mobilität für alle**

388 Mobilität ist gerade für Menschen, die in Ar-
 389 mut leben, wichtig. Dies umfasst Gänge zu
 390 den Ämtern der öffentlichen Verwaltung, der
 391 Arbeit, zum Arzt und auch die Möglichkeit zu
 392 einer flexibleren Freizeitgestaltung.

393 Das 9-Euro-Ticket war ein großer Erfolg und
 394 hat Menschen Mobilität auch überregional
 395 ermöglicht, die sonst davon ausgeschlossen
 396 gewesen wären. Das 9-Euro-Ticket hat ge-
 397 zeigt, dass ein einfacher und kostengünsti-
 398 ger ÖPNV für viele ein attraktives Angebot
 399 ist. Deshalb setzen wir uns für das 365-Euro-
 400 Ticket für Berlin ein. Auch auf Bundesebene
 401 muss es ein Nachfolgemodell für das 9-Euro-
 402 Ticket geben. Wir begrüßen die Anstrengun-
 403 gen des Landes Berlin, das 9-Euro-Ticket auch
 404 in Berlin weiterzuführen.

405 Personengruppen wie Geflüchtete und Ob-
 406 dachlose fallen häufig aus dem System der
 407 sozialen Sicherung und haben mithin auch

Wohnungslose und obdachlose Menschen
 gehören den vulnerabelsten Gruppen in der
 Gesellschaft. Ihr Weg von der Straße und her-
 aus aus der Armut gehört zu den schwie-
 rigsten und fragilsten. Obdachlose Menschen
 brauchen deshalb größtmögliche Unterstüt-
 zung und Solidarität. Für BPoC, LGBTQIA+ und
 FLINTA braucht es mehr abgegrenzte und pro-
 fessionell begleitete Schutzräume. Housing
 First als Maßnahme zur Wiedereingliederung
 hat sich bewährt und muss institutionalisiert
 und ausgebaut werden. Darüber hinaus müs-
 sen Strukturen, die kurz- und mittelfristig die
 Situation obdachloser Menschen verbessern,
 gestärkt werden. Der Personalschlüssel soll in
 der Obdachlosenhilfe erhöht und die Beset-
 zung durch mehr Neueinstellungen von Psy-
 cholog:innen und Sozialarbeiter:innen brei-
 ter professionalisiert werden. Das Ehrenamt
 soll als Ergänzung fungieren und darf nicht
 den Großteil des Systems tragen.

Auf bezirklicher Ebene soll ein Runder Tisch
 "Obdachlose Menschen" für Betroffene sowie
 ehrenamtliche und hauptamtliche Organisa-
 tionen eingerichtet werden.

Mobilität für alle

Mobilität ist gerade für Menschen, die in Ar-
 mut leben, wichtig. Dies umfasst Gänge zu
 den Ämtern der öffentlichen Verwaltung, der
 Arbeit, zum Arzt und auch die Möglichkeit zu
 einer flexibleren Freizeitgestaltung.

Das 9-Euro-Ticket war ein großer Erfolg und
 hat Menschen Mobilität auch überregional
 ermöglicht, die sonst davon ausgeschlossen
 gewesen wären. Das 9-Euro-Ticket hat ge-
 zeigt, dass ein einfacher und kostengünsti-
 ger ÖPNV für viele ein attraktives Angebot
 ist. Deshalb setzen wir uns für das 365-Euro-
 Ticket für Berlin ein. Auch auf Bundesebene
 muss es ein Nachfolgemodell für das 9-Euro-
 Ticket geben. Wir begrüßen die Anstrengun-
 gen des Landes Berlin, das 9-Euro-Ticket auch
 in Berlin weiterzuführen.

Personengruppen wie Geflüchtete und Ob-
 dachlose fallen häufig aus dem System der
 sozialen Sicherung und haben mithin auch

408 keinen Zugang zum Sozialticket. Der Bezug
409 von Einzelfahrsausweisen und Tageskarten
410 ist zu teuer und führt zum Fahren ohne Fahr-
411 schein und den damit verbundenen Konse-
412 quenzen wie Bußgeldern bis hin zu Ersatz-
413 freiheitsstrafen. Menschen, die nachweislich
414 Besucher:innen von Einrichtungen der Käl-
415 tehilfe sind, sollte deshalb die kostenfreie
416 Nutzung des ÖPNV ermöglicht werden. Dar-
417 über hinaus bedarf es diskriminierungskriti-
418 scher Schulungen für das Kontroll- und Si-
419 cherheitspersonal sowie unabhängiger Be-
420 schwerdestellen, um Übergriffe auf margina-
421 lisierte Personen zu verhindern und zu sank-
422 tionieren.

423 **Steuern**

424 Für uns als Sozialdemokratie ist klar, dass wir
425 uns nicht aus der Krise heraus sparen dürfen.
426 Gerade jetzt braucht es die starke Hilfe des
427 Staates. Dies bedeutet, dass die Schulden-
428 bremsen auch im Jahr 2023 ausgesetzt wer-
429 den muss. Wir brauchen derzeit Hilfen für die
430 Menschen und keine neuen Sparrunden.

431 In den letzten Jahrzehnten wurden die Steu-
432 ern für Vermögende immer weiter gesenkt.
433 Die Vermögenssteuer wurde nach einem Ur-
434 teil des Bundesverfassungsgerichts ausge-
435 setzt. Die Erbschaftssteuer wurde immer wei-
436 ter verwässert. Gerade für die hohen Erb-
437 schaften zahlt man heute kaum Steuern.
438 Maßnahmen gegen die Armut müssen daher
439 durch eine Erhöhung der Vermögenssteuern
440 finanziert werden. Konkret fordern wir kurz-
441 fristig eine einmalige Vermögensabgabe. Bei
442 dieser Vermögensabgabe kann es einen in-
443 dividuellen Freibetrag von 2 Millionen Euro
444 geben und für Betriebsvermögen von 5 Mil-
445 lionen Euro. So werden nur die belastet, die
446 aus den zurückliegenden Krisen meist mit Ge-
447 winn hervorgegangen sind. Das Geld aus der
448 Vermögensabgabe soll für Maßnahmen ge-
449 gen Armut eingesetzt werden.

450 Langfristig braucht es die Wiedereinführung
451 der Vermögenssteuer, einer Reform der Erb-
452 schäftssteuer und einer teilweisen Absen-
453 kung der Steuern auf Arbeit. Der Vorschlag

keinen Zugang zum Sozialticket. Der Bezug
von Einzelfahrsausweisen und Tageskarten
ist zu teuer und führt zum Fahren ohne Fahr-
schein und den damit verbundenen Konse-
quenzen wie Bußgeldern bis hin zu Ersatz-
freiheitsstrafen. Menschen, die nachweislich
Besucher:innen von Einrichtungen der Käl-
tehilfe sind, sollte deshalb die kostenfreie
Nutzung des ÖPNV ermöglicht werden. Dar-
über hinaus bedarf es diskriminierungskriti-
scher Schulungen für das Kontroll- und Si-
cherheitspersonal sowie unabhängiger Be-
schwerdestellen, um Übergriffe auf margina-
lisierte Personen zu verhindern und zu sank-
tionieren.

Steuern

Für uns als Sozialdemokratie ist klar, dass wir
uns nicht aus der Krise heraus sparen dürfen.
Gerade jetzt braucht es die starke Hilfe des
Staates. Dies bedeutet, dass die Schulden-
bremse auch im Jahr 2023 ausgesetzt wer-
den muss. Wir brauchen derzeit Hilfen für die
Menschen und keine neuen Sparrunden.

In den letzten Jahrzehnten wurden die Steu-
ern für Vermögende immer weiter gesenkt.
Die Vermögenssteuer wurde nach einem Ur-
teil des Bundesverfassungsgerichts ausge-
setzt. Die Erbschaftssteuer wurde immer wei-
ter verwässert. Gerade für die hohen Erb-
schaften zahlt man heute kaum Steuern.
Maßnahmen gegen die Armut müssen daher
durch eine Erhöhung der Vermögenssteuern
finanziert werden. Konkret fordern wir kurz-
fristig eine einmalige Vermögensabgabe. Bei
dieser Vermögensabgabe kann es einen in-
dividuellen Freibetrag von 2 Millionen Euro
geben und für Betriebsvermögen von 5 Mil-
lionen Euro. So werden nur die belastet, die
aus den zurückliegenden Krisen meist mit Ge-
winn hervorgegangen sind. Das Geld aus der
Vermögensabgabe soll für Maßnahmen ge-
gen Armut eingesetzt werden.

Langfristig braucht es die Wiedereinführung
der Vermögenssteuer, einer Reform der Erb-
schaftssteuer und einer teilweisen Absen-
kung der Steuern auf Arbeit. Der Vorschlag

454 zur Abminderung der kalten Progression, wie
455 ihn Christian Lindner unterbreitet hat, ist für
456 uns nicht ausreichend, weil er vor allem den
457 Reichen zugutekommt. Außerdem wollen wir
458 die Abschaffung der pauschalen Besteuerung
459 bei privater Dienstwagennutzung.

460 Die Inflation führt derzeit zu erhöhten Steu-
461 ereinnahmen beim Staat. Diese müssen zur
462 Entlastung der Bürger:innen eingesetzt wer-
463 den. Von den 2,3 Milliarden Euro, die das Land
464 Berlin mehr einnimmt, soll mindestens die
465 Hälfte für direkte Entlastungen der Bürger:in-
466 nen genutzt werden.

467 Für uns als SPD-Mitte ist auch klar, dass wir
468 eine Übergewinnsteuer brauchen. Länder wie
469 Großbritannien, Spanien oder Belgien zeigen,
470 wie diese aussehen kann. Schätzungen zufol-
471 ge könnte die Übergewinnsteuer bis zu 100
472 Milliarden Euro an Mehreinnahmen bedeu-
473 ten. Dieses Geld wird dringend für Entlastun-
474 gen der Menschen gebraucht.

475 Darüber hinaus fordern wir Steuergerechtig-
476 keit für Sorgearbeitende durch Streichung der
477 Lohnsteuerklasse V und perspektivisch die
478 Weiterentwicklung zu einem Realsplitting.

479 **Strukturen verbessern – Zugang zu Unter-
480 stützungsangeboten erleichtern**

481 Nur leicht zugängliche, stabile und gerech-
482 te Strukturen zur Armutsvermeidung und -
483 bekämpfung können langfristige Lösungen
484 für Betroffene darstellen. In Deutschland gibt
485 es bereits eine Vielzahl von unterstützenden
486 Strukturen.

487 Doch um die bestehende Infrastruktur der
488 Beratungs- und Hilfelandschaft und den So-
489 zialstaat zugänglich und handhabbar zu ma-
490 chen und Menschen zu ermöglichen, Bedar-
491 fe zu erfüllen und bestehende Angebote zu
492 nutzen, müssen Beratungs- und Hilfeangebo-
493 te deutlich ausgebaut werden. Angebote der
494 Überschuldungsberatung, der Mietendenbe-
495 ratung, kostenlose Energieberatung und An-
496 tragsberatung zu Bürger:innengeld, Pflege,
497 Rente und anderen Punkten müssen einfach
498 zugänglich sein. Dazu gehört auch der Aus-
499 bau der Informationsstreuung über diese An-

zur Abminderung der kalten Progression, wie
ihn Christian Lindner unterbreitet hat, ist für
uns nicht ausreichend, weil er vor allem den
Reichen zugutekommt. Außerdem wollen wir
die Abschaffung der pauschalen Besteuerung
bei privater Dienstwagennutzung.

Die Inflation führt derzeit zu erhöhten Steu-
ereinnahmen beim Staat. Diese müssen zur
Entlastung der Bürger:innen eingesetzt wer-
den. Von den 2,3 Milliarden Euro, die das Land
Berlin mehr einnimmt, soll mindestens die
Hälfte für direkte Entlastungen der Bürger:in-
nen genutzt werden.

Für uns als **SPD** ist auch klar, dass wir ei-
ne Übergewinnsteuer brauchen. Länder wie
Großbritannien, Spanien oder Belgien zeigen,
wie diese aussehen kann. Schätzungen zufol-
ge könnte die Übergewinnsteuer bis zu 100
Milliarden Euro an Mehreinnahmen bedeu-
ten. Dieses Geld wird dringend für Entlastun-
gen der Menschen gebraucht.

Darüber hinaus fordern wir Steuergerechtig-
keit für Sorgearbeitende durch Streichung der
Lohnsteuerklasse V und perspektivisch die
Weiterentwicklung zu einem Realsplitting.

**Strukturen verbessern – Zugang zu Unter-
stützungsangeboten erleichtern**

Nur leicht zugängliche, stabile und gerech-
te Strukturen zur Armutsvermeidung und -
bekämpfung können langfristige Lösungen
für Betroffene darstellen. In Deutschland gibt
es bereits eine Vielzahl von unterstützenden
Strukturen.

Doch um die bestehende Infrastruktur der
Beratungs- und Hilfelandschaft und den So-
zialstaat zugänglich und handhabbar zu ma-
chen und Menschen zu ermöglichen, Bedar-
fe zu erfüllen und bestehende Angebote zu
nutzen, müssen Beratungs- und Hilfeangebo-
te deutlich ausgebaut werden. Angebote der
Überschuldungsberatung, der Mietendenbe-
ratung, kostenlose Energieberatung und An-
tragsberatung zu Bürger:innengeld, Pflege,
Rente und anderen Punkten müssen einfach
zugänglich sein. Dazu gehört auch der Aus-
bau der Informationsstreuung über diese An-

500 gebote und die Stärkung der aufsuchenden
501 Sozialarbeit.

502 Ein konkretes Beispiel für die Unterstützung
503 privater Hilfsangebote ist die Tafel. Die Ta-
504 fel und andere private Hilfsprojekte, die Nah-
505 rungsarmut bekämpfen, füllen eine Lücke
506 der staatlichen Armutsversorgung und ha-
507 ben sich in der Vergangenheit Strukturen und
508 Vertrauen der in Armut lebenden Menschen
509 erarbeitet. Ihre Arbeit würde durch die Ver-
510 pflichtung von Lebensmittelgeschäften Le-
511 bensmittel, die das Mindesthaltbarkeitsda-
512 tum überschritten haben, an Hilfsstationen
513 und Lebensmittelausgabestellen weiterzuge-
514 ben, stark vereinfacht und würde die Versor-
515 gungsmöglichkeiten erweitern. Daher sollten
516 wir diese verpflichtende Abgabe prüfen.

517

518 Guter Zugang zu Armut vorbeugenden und
519 Armut bekämpfenden Strukturen muss nied-
520 rigschwellig sein. Daher ist es eine bereichs-
521 übergreifende Herausforderung, der wir uns
522 stellen müssen, niedrigschwellige Zugänge
523 zum Sozialsystem in analoger und digitaler
524 Form zu schaffen, in denen soziale Beratung
525 und Hilfestellung passieren kann. Um Men-
526 schen in Armut den Zugang zu Beratungs-
527 strukturen zu erleichtern, wollen wir den
528 Ausbau niedrigschwelliger Behördenzugänge
529 und/oder Sprechstunden außerhalb der Be-
530 hörde, zum Beispiel in Kieztreffs, verstärkt
531 einführen.

532 Guter Zugang zu armutsverringenden
533 Strukturen zu ermöglichen, bedeutet auch,
534 sprachliche Barrieren abzubauen, zum
535 Beispiel durch Leichte Sprache oder nicht
536 deutsche Sprachen. Das soll sowohl den
537 analogen als auch den digitalen Raum um-
538 fassen. Nur Menschen, die die Strukturen
539 verstehen, können sich in ihnen bewegen
540 und sie nutzen.

541 Wir wollen eine Armuts- und diskriminie-
542 rungssensible Verwaltung. Eine Stigmatisie-
543 rung von Armut ist in unserer Gesellschaft im-
544 mer noch stark verbreitet. Von dieser Soziali-
545 sierung sind auch Mitarbeiter:innen der An-

gebote und die Stärkung der aufsuchenden
Sozialarbeit.

Ein konkretes Beispiel für die Unterstützung
privater Hilfsangebote ist die Tafel. Die Ta-
fel und andere private Hilfsprojekte, die Nah-
rungsarmut bekämpfen, füllen eine Lücke
der staatlichen Armutsversorgung und ha-
ben sich in der Vergangenheit Strukturen und
Vertrauen der in Armut lebenden Menschen
erarbeitet. Ihre Arbeit würde durch die Ver-
pflichtung von Lebensmittelgeschäften Le-
bensmittel, die das Mindesthaltbarkeitsda-
tum überschritten haben, an Hilfsstationen
und Lebensmittelausgabestellen weiterzuge-
ben, stark vereinfacht und würde die Versor-
gungsmöglichkeiten erweitern. Daher sollten
wir diese verpflichtende Abgabe prüfen.

Guter Zugang zu Armut vorbeugenden und
Armut bekämpfenden Strukturen muss nied-
rigschwellig sein. Daher ist es eine bereichs-
übergreifende Herausforderung, der wir uns
stellen müssen, niedrigschwellige Zugänge
zum Sozialsystem in analoger und digitaler
Form zu schaffen, in denen soziale Beratung
und Hilfestellung passieren kann. Um Men-
schen in Armut den Zugang zu Beratungs-
strukturen zu erleichtern, wollen wir den
Ausbau niedrigschwelliger Behördenzugänge
und/oder Sprechstunden außerhalb der Be-
hörde, zum Beispiel in Kieztreffs, verstärkt
einführen.

Guter Zugang zu armutsverringenden
Strukturen zu ermöglichen, bedeutet auch,
sprachliche Barrieren abzubauen, zum
Beispiel durch Leichte Sprache oder nicht
deutsche Sprachen. Das soll sowohl den
analogen als auch den digitalen Raum um-
fassen. Nur Menschen, die die Strukturen
verstehen, können sich in ihnen bewegen
und sie nutzen.

Wir wollen eine Armuts- und diskriminie-
rungssensible Verwaltung. Eine Stigmatisie-
rung von Armut ist in unserer Gesellschaft im-
mer noch stark verbreitet. Von dieser Soziali-
sierung sind auch Mitarbeiter:innen der An-
laufstellen/Beratungsstellen betroffen. Um

546 lafstellen/Beratungsstellen betroffen. Um
547 die Mitarbeiter:innen in diesem Bereich zu
548 sensibilisieren, sollen Schulungen der Be-
549 schäftigten verpflichtend eingeführt werden.
550 Ein möglicher Weg aus der Armut bzw. ein
551 Schutz vor Armut für viele Menschen ist die
552 schnelle und unbürokratische Anerkennung
553 von Studienabschlüssen z.B. von Geflüchte-
554 ten, aber auch von Menschen aus der DDR. Ein
555 höherer Bildungsabschluss ermöglicht einen
556 schnellen Arbeitseinstieg und die Einstufung
557 in höhere Gehaltsklassen in der Erwerbstätig-
558 keit.
559 Durch unterschiedliche Krisen stehen wir ak-
560 tuell gesellschaftlich vor einer wirtschaftlich
561 und sozial herausfordernden Zeit. Daher ist
562 für uns als SPD-Mitte klar, dass wir gerade
563 jetzt den Kampf gegen die Armut entschlos-
564 sen aufnehmen müssen. Die SPD-Mitte steht
565 an der Seite derer, die unsere Hilfe gerade
566 jetzt brauchen.

die Mitarbeiter:innen in diesem Bereich zu sensibilisieren, sollen Schulungen der Beschäftigten verpflichtend eingeführt werden. Ein möglicher Weg aus der Armut bzw. ein Schutz vor Armut für viele Menschen ist die schnelle und unbürokratische Anerkennung von Studienabschlüssen z.B. von Geflüchteten, aber auch von Menschen aus der DDR. Ein höherer Bildungsabschluss ermöglicht einen schnellen Arbeitseinstieg und die Einstufung in höhere Gehaltsklassen in der Erwerbstätigkeit.

Durch unterschiedliche Krisen stehen wir aktuell gesellschaftlich vor einer wirtschaftlich und sozial herausfordernden Zeit. Daher ist für uns als SPD klar, dass wir gerade jetzt den Kampf gegen die Armut entschlossen aufnehmen müssen. Die SPD steht an der Seite derer, die unsere Hilfe gerade jetzt brauchen.